



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnr. 285. Insertionsgebühr für die Petitszelle 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Insertion ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassirer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 15.

Charlottenburg, den 11. April 1902.

29. Jahrg.

Das Bureau des Verbandes der Porzellan- u. Arbeiter beiderlei Geschlechts (Vorsitzender Georg Wollmann, Schriftführer Johann Schneider, Kassirer Wilhelm Herden), sowie die Redaktion und Expedition der „Ameise“ (Richard Jahn) befindet sich vom 1. April d. Js. ab in

Charlottenburg, Rosinen-Straße 3.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110). Eisenberg (Buntmalerer, Firma Stalke Porzellanfabrik). Hangelar (Bonner Verblendstein- und Thonwarenfabrik). Kronach (Porzellanfabrik Mayr & Rubi). Mannheim-Käfertal (Rheinische Porzellanfabrik M. Steiner). Kolmar (Porzellanfabrik Marktlenchen (Porzellanfabrik R. Drechsler). Stadtengelsfeld (Firma Schweizer). Tillywitz (gräf. Frankenberg'sche Fabrik). Wedendorf in Westfalen (Firma Gressel u. Co.).

Erfolg??

(Persönliche Erinnerungen).

Es stand nun schon mehrere Jahre her, als ich in einer größeren Porzellanfabrik in Arbeit trat. Das Personal zählte ungefähr 50 Kollegen und 10 Lehrlinge. Mit Gedanken mußte ich bald die Wahrnehmung machen, daß von diesen Kollegen nur 6 dem Verbande angehören. Hier mußte Wandel geschaffen werden, das war mir vom Augenblick an klar, wie es am besten anfangen und zum Ziel zu führen, war aber die Frage. Die Kollegen waren fast alles „Ausländer“, also schon etwas schwer zu bearbeiten, dann war besonders mit den älteren Leuten zu rechnen. Ich selbst war noch ziemlich jung und wußte folgedessen, daß man dann durch ein unrichtiges Unfassen die ganze Sache gefährden oder besser gesagt, nur sehr langsam vorwärts bringen könnte. Was ich mir über die Stimmung zur Organisationsfrage hätte sagen lassen, war werch, mir et was Diplomatie anzueignen. Durch verschiedene Umstände, kleinere Reden u. c. hatte ich mir, der Fremde, einiges Vertrauen erworben und nur konnte ich die Arbeit einmal im Ganzen vornehmen. Da kam mir eine Hilfe in ein paar seit einiger Zeit dort arbeitenden Kollegen, und mit deren Unterstützung waren in ein paar

Wochen alle Kollegen organisiert. Nun hieß es aber weiter und vor allem praktisch arbeiten.

Es fanden sich auch Kollegen, welche nur mit dabei waren, wenn es galt, für die oben genannten Artikel den Preis in die richtige Höhe zu bringen. Das Bewußtsein, durch die Organisation geschützt zu sein, gab den Leuten mehr Mut und bei jeder Forderung, welche wir stellten, fiel bald etwas mehr, bald weniger, für uns ab. Aber nicht blos Preiserhöhungen wurden erzielt, sondern auch gar manche andere Vortheile im Arbeitsverhältniß wurden erreungen.

* * *

Zwei Jahre waren seit jener Zeit vergangen, als wir wiederum um eine Lohn erhöhung nachsuchten. Im Laufe der Debatte, welche sich hierüber abspalte, erklärte der Direktor — er war auch ungefähr zur selben Zeit eingetreten als ich — „ich will Ihnen einen Beweis liefern, daß Sie in den letzten zwei Jahren mehr verdient haben. Hier haben Sie die Auszüge aus den Lohnbüchern“. Die Berechnung ergab nun, daß der Durchschnittsverdienst von 21 auf 23 Mk. pro Woche gestiegen war. Schnell überschlug ich den Wert der Organisation nach dem Größbetrag, das Beispiel war ja sehr leicht: 2 Mk. Mehrverdienst, 25 Pf. ab für den Verband, blieb 1,75 Mark. Ich war vor der Hand mit diesem Resultat etwas zufriedengestellt, als ich in meinen Gedanken gefordert wurde und zwar durch folgende Worte des Direktors: „Und dann, in welcher Arbeitszeit haben Sie den Eingen und in welcher den früheren Verdienst erzielt? Als ich herkam, haben Sie zu jeder Zeit, wenn das Geschäft es wünschte, Überstunden bis 9 Uhr gemacht und das ist oft gegeben, bei dringenden Fällen sogar manchmal noch länger, und jetzt wollen Sie bei den dringendsten Fällen nicht eine Stunde länger arbeiten.“ Ja, nun freilich, unser Prinzip ist doch kürzere Arbeitszeit. Der Widerspruch welcher uns zu Theil wurde, wenn er über-

haupt als solcher gelten sollte, war lediglich eine Bestätigung dessen, wie recht wir hatten und wir konnten in der am Abend stattfindenden Versammlung diesen Vortheil konstatiren. Auch der Beschränkte mußte sich jetzt wohl von dem großen Nutzen der Organisation überzeugen.

Wieder ist einige Zeit vergangen, leider kann ich aber nicht ermessen, wie weit die Löhne eventuell gestiegen sind bezw. ob sie mit den steuerlichen Nahrungs- und Wohnungsvorleistungen Schritt gehalten haben. Hier könnte nur eine gewissenhaft aufgestellte Statistik der Arbeiter selbst die so sehr nötige Auskunft bringen. Eines aber weiß ich: Durch das letzte Vorgehen ist eine, wenn auch äußerst geringe Verkürzung der Arbeitszeit errungen. Die wichtigste ist teilweise befriedigend gelöst worden und einige sonstige Vortheile noch. Diese wären aber, so wenig sie auch sind, nicht errungen, hätten wir nicht die Organisation im Rückhalt, den Fabrikanten zur Anerkennung unserer gerechten Forderungen zwingen können.

Hr.

Bei Generalversammlung.

Die am 5. April d. J. im Restaurant „Zur schönen Aussicht“ stattgefundene Zahlstellenversammlung, welche sich mit dem G. M.—r bezeichneten Artikel in Nr. 13 der „A.“ beschäftigte, stellt hiermit ausdrücklich fest, daß die vom G. M.—r angeführten Punkte gegen den Gen. Hoffmann fast ausschließlich auf Unnachahmlichkeit beruhen. Die heutige Versammlung konstatirt:

1. Dass der Vorschlag der Gouvernierung kein persönliches Machwerk Hoffmanns ist, sondern dasselbe wurde in der Versammlung vom 18. September beauftragt, diesbezügliche Kundigungen von anderen Organisationen einzuziehen, um der Zahlstelle darüber Vortrag zu halten.

2. Der Vortrag und die Meinungen des Genossen Hoffmann sind durchaus nicht

Mehling'schen Ursprungs, sondern sind zusammengestellt aus den eingezeichneten Erfahrungen und Erfahrungen anderer Organisationen.

3. Unwahr ist, was der Gen. G. M.-r schreibt: „in jener Versammlung, in welcher die Hoffmann'schen Vorschläge angenommen wurden, seien nur 42 Mitglieder anwesend gewesen“. Hierzu wird weiter der heutigen Versammlung ausdrücklich erklärt, daß nicht 42, sondern 83 Mitglieder anwesend waren.

4. G. M.-r bemerkt weiter, es sei ein Mißbrauch zu schreiben, „im Auftrage der Zahlstelle Ilmenau“; denn bei einer eventuellen, unter den hiesigen Mitgliedern vorzunehmenden Abstimmung würden keine 20 dafür stimmen. Die wirkliche Thatsache ist, daß bei jener Versammlung, in welcher 83 Mitglieder anwesend waren, 79 für die Gauentheilung und nur 4 Mitglieder dagegen stimmten.

5. Es schreibt der Gen. G. M.-r, „die Mitglieder werden schon dafür sorgen, daß nicht gleich 9—10 000 Mark für Agitation in Anrechnung gebracht werden, bzw. das Geld nicht stan- und planlos verpusert wird“. Hierzu wäre es besser gewesen, wenn G. M.-r dem Gen. Hoffmann nachgewiesen hätte, daß sein vorläufig aufgestellter Stat nicht richtig sei, nach welchem dem Verbande durchaus keine Ausgaben entstehen, bzw. der Nutzen der Gauentheilung die Kosten weit übersteigen dürfte.

6. Führt G. M.-r an, daß man sich auf Grund der hohen Anrechnung der Agitation belassen nicht über die Agitationssummen des Verbandsvorstehenden aufhalten sollte. Die heutige Versammlung erklärt, daß G. M.-r in konsequenter Weise keine Ursache hat, diese Meinung der Mitglieder zu verwerfen, da er selbst der hiesigen, kürzgültigsten Agitationssummission, als dieselbe eine Ausgabe von 43 Mark im ersten Quartal v. J. habe und dabei über 70 Mitglieder der Organisation zuführe, den Vorwurf mache, daß sie das Gelb verputze. Auf dieser Basis bemüht sich die ganze Schreibweise des Gen. G. M.-r.

Zu Unrecht befürchtet die heutige Versammlung, daß die Redaktion der „A.“ es zu ließ, ein verärgert, persönlich, gemeingäßiges Pamphlet im Fachorgan der Offizialität zu verbreiten, wird aber zunächst abwarten, in welcher Weise genannte Redaktion den Gewidderungen des Gen. Hoffmann Raum gewährt.* Weiter erwartet die heutige Versammlung vom Gen. Hoffmann, daß er die, gegen seine Person gemachten, gehäfsten Auslassungen energisch zurückweist und ferner die unwahren Ausführungen des Gen. G. M.-r öffentlich im Verbandsorgan beleuchtet.

Die Zahlstelle Ilmenau.

* Erinnerung. Der Unterzeichnete nimmt an, daß Vorstehendes die Widderungen des Gen. Hoffmann sind, da dieser der Schreiber von Vorstehendem ist. Wenn die Zahlstelle befürchtet, daß ich die Ausführungen von G. M.-r veröffentlichte, so wundere ich mich darüber umso mehr, als gerade die Hinterauer im Allgemeinen doch kein Blatt vor den Mund nehmen, was meines Erachtens ja auch gar nicht nötig ist. Wer, wie der Gen. Hoffmann, den ich persönlich nicht kenne, ins öffentliche Leben tritt und durch Wort und Schrift versucht, sich einen Namen, durch seiner Ansicht nach zum Besten der Organisation dienende Vorschläge zu machen, muß schon in den Hauf nehmen, wenn er mal etwas, wenn auch unsanft, angefaßt wird. Als „Pamphlet“ habe ich eigentlich die Ausführungen von G. M.-r nicht angesehen. Letzterer hat mir mitgeteilt, daß er seine Ausführungen aufrecht halte und will er zunächst die Widderungen des Gen. Hoffmann abwarten, um dann darauf zu reagieren. Ich ersuche den Gen. G. M.-r, seine angekündigte Replik möglichst kurz zu gestalten und alles wegzulassen, was die Angelegenheit noch „persönlicher“ macht. Im übrigen meine ich, daß Ilmenau keinen Grund hat, daran zu zweifeln, daß ich Richtigstellungen Raum gebe. Gerade die letzten Nummern haben doch bewiesen, daß den mancherlei Artikeln der weiteste Spießraum gelassen wurde; von einer Verdrückung irgend einer Ansicht oder Vorschlag, auch wenn

er noch so schwer erscheint, kann nicht die Rede sein. Hoffentlich bekomme ich auch noch vor der Generalversammlung Raum dazu, meinem Herzen Lust machen zu können, ohne den Mitgliedern das Wort abschneiden zu müssen.

Jah.

Wenn man jetzt die „A.“ liest, kommt man zu der Meinung, daß die Generalversammlung eine sehr bewegte werden wird. Es bemühen sich Viele, Anträge zu stellen, die sich im Grunde genommen meistens decken und nur in zwei Richtungen auseinander gehen, der eine in der Sanierung der Kasse und der andere in der Regelung der Angelegenheit Schiedsgericht.

Die Anträge bez. der Kassenanfang sind entstanden, indem erstens das Verbandsvermögen „festlag“ und zweitens, daß die Kasse den Mehrausgaben nicht gewachsen war, die durch die allgemeine Geschäftslätsche bedingt waren, die Kasse würde, wenn die eigenen Verhältnisse andauerten, schließlich zu Grunde gehen.

Der Vorstand versuchte z. B. durch einen kleinen Staatsstreit der Kasse vorläufig auf die Beine zu helfen, nämlich durch die Erhebung von Extraabträgen. Diese Erhebung ist eine unglückliche zu nennen, weil sie nicht statutarisch war und deshalb ein Theil der Mitglieder sich nicht verpflichtet fühlte, selber in die Tasche zu greifen als wie sonst. Theils war es die Weigerung der Gevalt gegenüber zu trocken, thilos war es tatsächlich unmöglich; denn, wenn man auch immer 20 M. verdiente, so war die Sache doch so, daß man sein Geld zusammenhalten mußte, und Viele könnten überhaupt nicht zahlen, wenn sie waren froh, wenn sie nur so viel verdienten, um davon den notwendigsten Lebensunterhalt schaffen zu können.

Durch den Abfall von Mitgliedern wird dem Verbande ein erheblicher Geldbeitrag entzogen und, wenn die Organisation nicht noch mehr geschwächt werden soll, muß auf der Generalversammlung Abhilfe geschafft werden. Man kann gespürt sein, wie dieselbe sich einzigt über die Sanierung der Kasse, es wäre zu wünschen, daß die „Staatsstreite“ in Wege fall kämen, denn solche schaden nur.

Nun zu dem Schiedsgericht. Wenn ein Proletarier das Wort „Gericht“ hört, dann überläuft ihm gewöhnlich ein Grusel, denn für den, der damit, d. h. mit einem staatlichen Gericht zu thun hat, fällt oft nichts gutes ab. Auch das Wort „Schieds“, wenn es davor steht, mindert das Gruseln nicht. Bei uns ist es nun doch fröhlicher. Gar viele schlüpfen bei dem Wort Schiedsgericht den Kopf und man muß sich tatsächlich wundern, wie es möglich ist, wo doch alle sich bemühen Richt zu thun, daß eine solche Institution bestehen müßt und gar noch solche Stürme in unseren Reihen hervorbringen kann.

Eigentlich sollte in einer freien, modernen Gesellschaft ein solch berufliches Gericht nicht nötig sein, man sollte meinen, die echten und wahren Genossen würden sich gegenseitig die Wege s. ebnen, daß man überhaupt niemals Gelegenheit hätte, sich zu beschweren.

Aber weit gefehlt, wie viele Anträge werden dem Schiedsgericht vorgelegt, leichte und schwierige Fälle, gerechte und ungerechte. Das ist ein Zeichen, daß wir noch lange nicht so weit sind, ein Schiedsgericht einzubehren zu können, b. h. wenn wirs jedem Recht machen wollen. So nun das Schiedsgericht abgeschafft wird oder nicht, jedenfalls muß den sich in ihrem Recht beständlichen Mitgliedern ein Weg zur Beschwerde offen bleiben. Am besten wäre es, um es allen recht zu machen, daß man zu der Offizialität schreitet. Jeder Genosse, der eine Beschwerde hat, veröffentlicht dieselbe, der Vorstand gibt seinen Kommentar dazu und in

den Zahlstellenversammlungen prüft man ob Beschwerden und entscheidet genau für oder wider. Unlosten würden durch den Wegfall des Schiedsgerichtes auch ausscheiden. Durch den komplizierten Verlauf werden sich gewiß Alle vornehmen, recht brav zu sein; dann werden auch wenig Beschwerden eintreten und Allen wird Recht geschehen. Ich stimme dem Schreiber Pl. in O. in seinem Schlusswort bei, lassen wir das Schiedsgericht sterben und begraben es anständig; ich sage hinzu: geben wir von der Beerdigung heim, und werden Alle Schiedsrichter.

R.

Zur Generalversammlung und zum Antrag (oder Vorschlag) Ilmenau will auch ich meine Ansicht zum Besten geben. In einer Gauentheilung möchte ich unseren Verband nun doch nicht zerstört sehen. Denn genau so wie das Schiedsgericht jetzt an einem andern Strang steht (könnte übrigens ganz gut in die Unterwelt), so würden nather 4—5 Richtungen vertreten sein und eins schönen Tages würde der oder jener Gau sich stark genug fühlen, vielleicht mit Hilfe eines andern, seinen eigenen Weg zu gehen, und anstatt Alle unter einen Hut zu haben, wäre dann die Sache noch zerschauer als sie schon ist. Möge ich auch etwas zu schwarz sehen, so kann doch so etwas dann sehr leicht eintreten, denn die Wege dazu sind einer solchen Handlung geeignet. Dass mehr in der Agitation gehan werden muß, ist klar, denn so geht es nicht mehr und daß immer die besten Kollegen, die sich dafür ins Zeug legen, die Dummen sind, ist auch eine alte Sache. Also hier etwas schaffen, woran die Unternehmer ihre Wut nicht so leicht ausschlafen können. Wie wäre es, wenn der Verband einen Agitator anstellt, der die Sache energisch in die Hand nehme. Der hätte dann einen Überblick über die ganze Sache und könnte mäßig die Werb-trommel röhren. Denn der jetzt beschrittene Weg der Agitation ist doch wohl nicht der ganz richtige, die Mitgliederzahl ist fast immer auf gleicher Höhe, trotzdem vor der Krise der Geschäftsgang ganz gut war. Neb igens der Krise alles in die Schuhe zu schieben, ist auch nicht richtig, der muße Punkt im Vorgellinekreise ist die große Saumseligkeit, mit welcher in den Tag hineingeht wird. Hier kann auch auf die weiblichen Mitglieder durch ein gutes Beispiel großer Erfolg ausgeübt werden. Auch hier ein Vorschlag; den weiblichen Mitgliedern könnte dadurch entgegenkommen werden, daß man die Dauer der Ute stützung auf 10 Wochen kürzt und die 10 Wochen am Oct auszahlt. So wäre den Arbeiterinnen damit etwas geholfen, denn, wie schon gesagt wurde, auf die Walze können sie doch nicht gehen. Vielleicht würden durch diese Maßnahme doch mehr weibliche Mitglieder herangezogen, und herangezogen müssen sie werden, denn sie sind einmal da und dann steber mit ihnen Hand in Hand gehen als sie vorachten, zurückziehen und bekämpfen. Dadurch wird es nicht besser und wenn auch mit Recht gesagt wird, Weiber gehören nicht in die Fabrik, so ist aber die Sache damit nicht abgehakt. Der Umstand ist da und so muß auch mit ihm gerechnet werden.

Auch die sogenannte kleine Sperre ist von Nachteil, wenn dieselbe bis in die graue Einigkeit verhängt wird. In so einer Fabrik herrscht die Todtentstille des Standrechts. Ein Jeder paßt auf den Andern auf und giebt sich ein heimliches Mitglied einmal eine Blöße, dann wird es angebracht. Fliegt dann das betroffene Mitglied aufs Pfister, so hat es keine Rechte und dieses ist der Krebschaden. Die Mitglieder lassen sich lieber alles gefallen und sind für die Agitation verloren. Daraum, entweder große Sperre oder gar keine, denn

die Sache mit den heimlichen Mitgliedern ist unheimlich.

Genua dasselbe ist mit dem Nachweis über Arbeitsbeschaffungen, hier lasse man, wie auch angergt worden ist, den Zahlstellen das Recht, von Fall zu Fall zu entscheiden. Denn eine Zahlstelle wird doch wohl feststellen können, ob es ein Dötscheberger ist oder nicht. Und ist dann die Sache nicht so wie sie sein soll, dann werden den Mitgliedern, wie früher, Arbeitsnachweise abgesondert. Wenigstens ließen dann die Prählerien der Herren etwas nach, denn die haben immer ein paar 1000 Angebote auf Lager. Diese und alle schon gemachten Vorschläge sind ein gutes Stück Arbeit für unsere Delegirten. Ich wünsche guten Ausgang und besten Erfolg.

H. Kgr.

Zu unserer Kassensanierung.

Gleich nach Beendigung der Rudolstädter Generalversammlung, welche wohl eine nicht wegzuleugnende Begünstigung der Mitglieder in materieller Hinsicht, aber gleichzeitig auch eine nicht zu vergessende Beitragserhöhung von 17,5—25 p.C. brachte, erschien in der „A.“ eine Erklärung des Gen. P., in welcher er versuchte darzulegen, daß die beschlossenen Veränderungen nicht miteinander balancieren könnten, vielmehr eine Verschlechterung unserer Verbandsfinanzen eintreten müsste.

Seit dieser Zeit mehrten sich die Stimmen, welche auch ziffernmäßig „nachwiesen“, daß unser Verbandsvermögen in absehbarer Zeit ausgezehrt sein wird, und allso gleich wurde auch eine Mitgliederabstimmung behufs Beitragserhöhung inszeniert, welche aber von der Mehrheit der Verbandsmitglieder verworfen wurde.

Zt zur Generalversammlung war ja zu erwarten, daß solche oder ähnliche Anträge wiederkehren dürften, daß aber solche Anträge — bezeichnender Weise von jener Zahlstelle, in welcher der Hauptvo stand nicht auzwentig Eitflas h — wie Berlin II sie stellt, auf der Bildfläche erscheinen werden, das schließt aber doch allem die Krone ab.

Ohne die Anträge von Berlin II im Einzelnen kritisiren zu wollen, dies besorgen andere Zahlstellen schon gründlicher, wollen wir doch einmal zuschauen, ob dann die Mehrausgabe im Verband gar so verheerend ist, wie sie in Wirklichkeit hingestellt wird und auf welcher Ursache sie beruht. Die Genossen in Berlin II haben ausgerechnet, daß das Verbandsvermögen seit dem 2. Quartal 1900 bis jetzt sich um 48 596 Ml. verringert hat. Allerdings eine erträgliche Summe. Aber sie haben vergessen hinzuzufügen, daß in diesem D. fikt. die Kosten der außerordentlichen Generalversammlung ungünstigen Angedenkens im Betrage von 7500 Ml. (mit Protokollbücher) enthalten ist und dazu die Kosten der Fitterunterstützung beim Kohlengräberfahl von ztla 20000 Ml. Diese beiden Posten allein sind daher schon über 50 p.C. der Mehrausgabe. Ferner haben sie vergessen hinzuzufügen, was uns bis jetzt die Geschäftsführer gegen normale Zeiten mehr gelöst hat. Die so vom „Vorwärts“ nationalökonomisch angehauchten Finanzier werfen den Kritik übenden Zahlstellen vor, daß noch keine dieser Zahlstellen den Beweis erbracht hat, daß die Krise schon zu Ende gehe. Nach einem gewissen Karl Marx gibt es aber nicht nur absitzende, sondern auch aufstrebende Geschäftskonjukturen, die sich in immer kürzeren Zwischenräumen ablösen und nach unseren bedeutendsten kapitalistischen Fachblättern, die doch in solchen Dingen auch etwas verstehen, setzte die vierjährige Ostermesse in unserer Branche gut ein, fröhlich dagegen aber doch die Möglichkeit vorhanden seit, daß die Krise,

wenigstens in der keramischen Industrie, sich ihrem Ende nähert.

Damit fallen aber auch die schwerwiegendsten Punkte, die eine so ungeheuerliche Belastung der Mitglieder, wenn auch nicht rechtfertigen, so aber doch einigermaßen verständlich machen ließe.

Nun will aber die Zahlstelle Löbeln (in deren Auftrag ich schreibe) durchaus nicht leugnen, daß eine Sanierung unserer Kasse notwendig ist. Nur suchen wir noch andere Mittel, wie die Kollegen von Berlin II. Wir nehmen an, daß die dortigen Genossen ihre Anträge als Ganzes zusammengefaßt, gar nicht so ernst gemeint sind, sie scheinen da etwas von den Zirkus Busch-Besuchern gelernt zu haben und stellen solche außerordentliche Forderungen, um beim Abhandeln doch etwas zu erreichen.

Wir haben daher eine Anzahl Anträge dem Vorstande übermittelt, welche eine Sanierung der Kasse beweisen. Die Begründung dazu im Organ sollen diese Zeilen sein.

1. Von dem Grundsatz ausgehend, daß jede Unterabteilung in unseren Kassen in ihren Ein- und Ausgaben wenigstens annähernd sich selbst deckt, sind wir zu dem Resultat gekommen, zu beantragen, die Beiträge für unser Organ von 25 auf 40 Pf. pro Quartal zu erhöhen. Zur Zeit als der Organbeitrag auf 25 Pf. festgesetzt wurde, war dieser Organ wenig mehr als ein kleines Blättchen à la „Muth-blümchen.“ Seit damals ist aber dieses Organ zwei Mal vergrößert worden, hat einen selbständigen Redakteur, der gleichzeitig die Expeditionsaufgaben erledigt, und steht — abgesehen von den verschiedenen Liebenswürdigkeiten zur Zeit der Verbandskrise, wohl unstreitig mit voran in den deutschen Gewerkschaftsblättern. Unsere Verbandskasse leistet aber pro Jahr (1900) 6650 Ml. Bausch, die beantragte Erhöhung von 15 Pf. pro Vierteljahr würde aber ziemlich 6000 Ml. pro Jahr ausmachen, sodoch diese Summe schon eine ganz erhebliche Verminderung unseres D. fikt. ausmachen würde. Man wird hinzuweisen, wir wollen das geistige Brod verbrauchen, durchaus nicht, wir wollen nur, daß jeder sein geistiges Brod ebenso selbst bezahlen muß, wie er auch sein geistiges Brod in Gestalt von Schundromane und Amtsblättern bezahlt.

2. Die Einzelmitglieder sind dem Verbandsbureau zu überweisen und hat die Arbeiten denjenigen Bureaubeamten auszuführen, der am meisten Zeit dazu hat. Die Verbandskasse erhält dadurch einen Bausch von — schätzungsweise — 1500 Ml. pro Jahr, die jetzt in Form von Prozenten Berlin II einnimmt. Der Hinweis, daß diese Arbeit im Bureau nicht bewältigt werden kann, ist hinfällig, was jetzt Gen. Urteil nach Fertabend macht, kann auch noch im Bureau gemacht werden.

3. Das Verbandsbureau nach der Provinz zu verlegen, z. B. Thüringen. — Seit der Rudolstädter Generalversammlung haben wir mit den diversen Umzügen, die ja die „R. G.“ nur nicht so fest beschlossen hatte, umgähe 3000 Ml. Bureauimthe, ohne Rücksicht u. s. w., bezahlt. Ein ganz netter Posten zu dem D. fikt., für das die Mitglieder ja zu bluten sollen.

4. Den Hauptvorstand nur dahin zu ermächtigen, für andere im Kapuze befindlichen Gewerkschaften Gelder nur in Höhe bis 800 Mark und zwar in jedem Falle nur einmal bewilligen zu können. Notwendige weitere Unterstützungen unterliegen einer Mitgliederabstimmung oder Generalversammlung.

Andere Gewerkschaften sind lange nicht so opferfreudig und revanchelustig. Beweise können wir durchaus erbringen.

5. In Zukunft haben nicht mehr 200,

sondern 300 Mitglieder das Recht, einen Delegirten zur Generalversammlung zu wählen. Dadurch verringern sich die Kosten jeder Generalversammlung um ca. 2000 Ml., außerdem wird eine sorgfältigere Auswahl der Delegirten erzielt.

6. Eine 6 Ml.-Stufe einzuführen, in der Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter Aufnahme finden. Erstens werden wir dadurch diese Mitarbeiter eher zur Organisation gewinnen und würden damit auch unsere Finanzen gestärkt.

7. Staffunterstützung (wie vielleicht Berlin II Abs. 3) ist einzuführen.
Wir ersuchen nunmehr die Verbandsgenossen, diese Anträge und Motive einer Besprechung zu unterziehen und denselben zu stimmen zu wollen. Zusammenfassung ergibt unsere Anträge der Verbandskasse einen Bausch von mindestens 20 bis 25 000 Ml. in einer dreijährigen Belegschaftsperiode, eine Summe, welche hinreichend würde, um Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu erhalten, ohne den Mitgliedern Lasten aufzulegen noch Rechte zu nehmen. Sollten die Anträge von Berlin II wirklich von der Generalversammlung in Bausch und Bojen angenommen werden, so wäre dies unseres Erachtens nach wahnsinniger Selbstmord der Organisation.

A. H.

Aus unserm Berufe.

— In Saargemünd (Lothr.) ist eine sehr große Anzahl Porzellan- und Steingutarbeiter beschäftigt. Wir hatten Gelegenheit, einen ungefährten Stoß in die dortigen Arbeits- und Verdienstverhältnisse zu bekommen, da wir nicht allzu weit ab (in Mettlach) beschäftigt waren. Damals „imponirten“ uns besonders die Glasschäufchen, in welchen die „Aufseher“ die einzelnen Werkstätten sahen und von da aus auf gezielte Arbeitsleistung und Ordnung ausschauten. Die Verdienste waren nicht schlecht zu nennen, wie die Zeiten damals ja noch überhaupt besser waren. Ob es heute noch so ist? Auf alle Fälle wird auch dort die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft Fortschritte gemacht haben und die Verhältnisse bei den dortigen Verfagsgenossen werden nicht rostig sein. Bis vor kurzem waren nur einige der dortigen Kollegen Mitglieder des Verbandes. Die rheinlandischen Vereinsbestimmungen und so manches anderes, was im übrigen Deutschland nicht in Betracht kommt, wird an der Föderation der Verfagsgenossen in Saargemünd mitgewirkt haben. Besonders erfreulicher ist es jetzt zu hören, daß es sich auch dort zu regen beginnt, der Werth der Organisation erkannt wird. Diesen machte der Gen. Ch. Schott von Straßburg einer circa 60 Teilnehmer zählenden Zusammenkunft begreiflich und es ließ sich danach eine ganz ansehnliche Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen. Wenn die älteren Mitglieder und diese neuen nun ernstlich daran gehen, den Samen der Erkenntnis in den Kreisen der zahlreichen Verfagsgenossen in S. auszustreuen, könnte es füglich doch noch dahin kommen, daß in Saargemünd, wo die größte Zahl der Steingutarbeiter beschäftigt ist, auch der größte Mitgliederstand der Organisation zu verzeichnen ist. Zu ihrem eigenen Besten.

— Von Uhlstädt geht uns eine Schilderung der mitzigen Arbeitsverhältnisse zu, die, wenn wir ihr vollinhaltlich Raum geben wollten, gut 3 Spalten erforderte. Wir haben uns schon mehrere Male Ausgang des letzten Jahres und zuletzt in Nr. 6 und 11 d. J. mit den Verhältnissen in dem dortigen Stahlwerk beschäftigt, so daß wir so eingehenden Schilderungen doch wohl nicht Raum

geben können. In der Porzellanfabrik Uhlsdorf geht das Geschäft gut und wie wir früher schon schrieben, die Räckeret und Kufferei der Arbeiter, das Antreiben derselben ist dort zu Hause. Trotzdem aber werden noch Arbeiter gesucht und wer auf die Gesuche hin sein Hilf in U. versucht, wird wohl meistens trübe Erfahrungen machen.

Was bezügl. ch den Raumverhältnissen in der Malerei, und den sanitären und hygienischen Zuständen überhaupt geschildert wird, dürfte wohl ebenfalls dem zuständigen Fabrikinspektor zugänglich gemacht worden sein, der sicher nicht versäumen wird, einmal in diese Fabrik hineinzuleuchten.

Ganz besonders gellagt wird über die Heranschaffung des Geschirres, was die Maler selbst besorgen müssen; wenn einer ein Service, wofür es 50 Pf. Lohn zum Dekorieren giebt, zusammen haben will, müsse der Maler in der ganzen Fabrik herumlaufen, das Geschirr ist schwärz von Staub, der Maler muß es in dem Arbeitsraum abstauben, den Schmutz kann man sich denken, kurz, es soll alles möglich sein bis herab auf die Aborte, die ein anständiger Mensch nur im äußersten Falle auffüllt.

Das Verhältniß der organisierten Arbeiter zu den Unorganisierten ist ein ungünstiges und, wie wir auch schon früher schrieben, dem Unternehmer ist es dort deshalb leicht gemacht, Rücksichten auf das Wohl und Wonne der Arbeiter außer Acht zu lassen. Was hülfe es nun, wenn man immersort die Offenlichkeit von Uhlsdorf beschäftigen würde und die Leute verharren in ihrem Indifferenzismus zu ihrem eigenen Schaden trotzdem? Am Schluss der Ausführungen des Berufsgenossen, der die Augen der Kollegenschaft auf Uhlsdorf lenken will, wendet er sich an die unorganisierten Berufsgenossen in Uhlsdorf selbst und wollen wir diesen Theil hier folgen lassen:

„Ja, man wird fragen, wie kommt es denn, daß soche traurigen Zustände Platz greifen können? Sehen denn die Leute nicht ein, daß diese unhaltbaren Zustände über kurz oder lang abgeschafft werden müssen, gegen sie Front gemacht werden must? Giebt es denn keine Zahlstelle am Oste? Ja, wie viele Versuche wurden nicht schon gemacht, die Leute für diese zu gewinnen, sie vom Werth und Nutzen unseres Verbandes zu überzeugen, daß nur durch Einigkeit und festen Zusammenschluß Front gegen derartige Ausbeuterei und Chikanerie gemacht werden kann! Aber alles umsonst. Mit einer erschreckenden Gleichgültigkeit sehen sie über alles hinweg, ohne zu murren, lassen sie sich den Brokkord höher hängen, denken nicht daran, daß sie sich durch ihre Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit ins eigene Fleisch schneiden! „Wir sind nun einmal zum Arbeiten da, es wird nicht anders,“ heißt es. — Abgestumpft gegen alles, eine Masse aus der alles Selbstbewußtsein geschwunden ist! Wahrsch. hier wird es dem Unternehmer leicht gemacht! Wie anders könnte es gerade hier aussuchen, wenn sich die Kollegen auflassen würden, ihren Indifferenzismus von sich weisen würden! Kollegen von Uhlsdorf! Wollt Ihr den Fluch Eurer Nachkommen auf Euch nehmen, wollt Ihr Euch nachsagen lassen, daß Ihr Schuld an diesen Verhältnissen seid, nicht dagegen angeklämpft, dieselben vielmehr begünstigt habt? Wollt Ihr das? Wenn nicht, dann auf Ihr Kollegen, hinein in Euren Verband, bleibt stets eingedrungen der Worte: Einer für Alle, Alle für Einen!“ Hoffen wir, daß diese Ermahnungen mehr Erfolg haben als unsere schon früher gemachten.

— **Mannheim.** Rheinische Porzellanfabrik von Sternen ist, wie aus der Bekanntmachung am Kopfe der „U.“ zu erssehen ist,

für unsere Mitglieder gesperrt. Deswegen, weil die läbliche Firma Berliner Verbandsmitglieder (und Selb'') ächtet. Der Herr Sterner glaubt wohl mit seinem Verführer, der dem Böhmerland entstammt, bedeutend bessere Geschäfte mit Unorganisierten machen zu können, als mit organisierten Arbeitern, jedenfalls wird er sich dabei aber verrechnen.

Leicht wird es ihm ja nicht, immer gleich Ersatzkräfte für die entlassenen, bösen, organisierten Arbeiter zu erhalten, doch finden sich leider immer noch Kollegen, die die Warnung vor Zugang nicht beachten. So wurde uns aus Böhmen, welches Land Herr Sterner besonders mit seiner Werbung nach Ersatzkräften bevorzugt, mitgeteilt, daß ein Kapeldreher Hans Markgraf von Schleidenwerth und ein Dreher Höll von ebenda nach telegraphischer Einladung seitens des Herrn Sterner nach Mannheim abgereist sind. Und das, trotzdem sie mehrere Male auf die verhängte Sperrre — seitens Kollegen von Schleidenwerth aufmerksam gemacht worden sind. So sehr verlockend sind ja die Bedingungen, unter denen Herr Sterner Ersatzkräfte anwirkt, gerade nicht. Es liegt uns ein Schreiben des Herrn Sterner an einen Sortirer vor. Dieser soll ein wirklich tüchtiger, erfahrener Sortirer sein, darf dem Verbande nicht angehören, als Lohn wird ihm p. o. Tag drei Mark zugesichert. Man bedenke in Mannheim, wo rheinische Verhältnisse herrschen, wo die Lebensbedürfnisse doch nicht wie in einem Dörfe des Thüringer Waldes sich darstellen, ganze 8 Märkte für einen wirklich tüchtigen, erfahrenen Sortirer! Von der Verwaltung unserer dortigen Zahlstelle, die Herr Sterner ja immerhin noch nicht ganz zerschmettert hat, wird berichtet, daß der Herr Oberdreher Schnabl es sich sehr angelegen sein lasse, der Firma billige Arbeit zu liefern. Waichbeden sollen gegossen werden, weil sie gedreht Herrn Sterner zu teuer würden. Für die Hälfte des bisherigen Lohnes sollten dieselben hergestellt werden, was dem betr. Gießer unmöglich erschien, sich weigerte und deshalb entlassen wurde. Jetzt soll Schnabl die Dinger fertigen, Überstunden macht er dabei, wahrscheinlich langt auch ihm der in normaler Arbeitszeit dabei zu erzielende Verdienst nicht zu.

Dass die Offenheit, die H. Sterner herausbeschworen hat, doch auf die Produktion in seiner Fabrik Einfluß hat, geht daraus hervor, daß er gezwungen war, seinen Bedarf an Porzellan von anderen Fabriken zu decken.

— Von Elbersfeld erhielten wir einen Gilbrieß, worin folgendes berichtet wird: Am Montag, den 7. d. M. s. sind bei der Firma Heinrich Peters, Emailwerk, fünf Männer, infolge Ablehnung einer längst versprochenen Lohnaufbesserung, in den Ausstand getreten.

Es kommen Schriftmaler in Betracht, jedoch wird die Firma sich auch mit Porzellan- und Emaille-Dekoratoren eventuell behelfen und entsprechende Gesuche loslassen. Man möge also obiges beachten und den Kollegen in Elbersfeld nicht in den Rücken fallen.

— In Marktneuthen besteht es die Leitung dortiger Porzellanfabrik (Drehsel) den Arbeitern ihr Koalitionsrecht streitig zu machen, bzw. wurde wegen der Verbandszughörigkeit mehreren Berufsgenossen gekündigt. Es mußte die Sperrre dieserhalb verhängt werden und die übrigen Mitglieder haben nun ihrerseits die Ründigung eingerichtet. Herr Drehsel ist natürlich sehr ornit und hat er sich angeblich geführt, daß er dafür sorgen wolle, daß die Entlassenen oder freiwillig gehenden in ganz Deutschland Arbeit nicht mehr bekommen.

Wie mitgetheilt wird, sollen nun tatsächlich auch schon 2 Dreher und 1 Maler

eine eben erst besetzte Arbeitsstelle wieder verloren haben. Ob so etwas nicht doch wohl gegen die guten Eltern verhält?

Beider sind die Arbeiter demgegenüber nicht so solidarisch, als man es erwarten könnte, bereits 3 Dreher sind von Selb, ein Dreher von Regensburg und 1 Maler Aug. Kott, früheres Verbandsmitglied (ist das der musikalisch veranlagte? J.), der Sache ihrer Kollegen unten geworden und spielen trotz des Vorgehens der Firma den Arbeitswilligen. Für die Berufsgenossen im Oberfranken und dem nahen Böhmen erwähnt die Pflicht, jeden weiteren Zugang nach Marktneuthen abzuhalten.

— In letzter Vorstandssitzung kam eine Differenzangelegenheit bei der Firma Mag. Leube in Kronach zur Verhandlung. Es sind bei den Malerinnen, Gießerinnen und Druckerinnen Lohnreduktionen vorgenommen worden, außerdem ist eine Maßregelung eines Genossen zu verzeichnen. Vorstellungen der Beteiligten haben nichts gebracht, in Folge dessen hat der Vorstand die Sperrre über genannte Fabrik verhängt und den Mitgliedern (es kommen im Ganzen von 86 Beschäftigten 25 Mitglieder in Betracht) ist unter Wahrung ihrer Ansprüche an den Verband gestaltet worden, ihre Ründigungen zu vollziehen. Wir erwarten, daß dortige Zahlstelle die Redaktion prompt auf dem Laufenden über die weitere Entwicklung der Differenz erhält. Der Zugang von Ersatzkräften ist natürlich streng von dieser Fabrik fernzuhalten.

— **Roßlau.** Vertrauensmännerkonferenz für den 2. Agitationsbezirk. Vorort Wittenberg. Abgehalten am 23. März 1902 bei Schreiber in Roßlau. Tages Ordnung: 1. Rechte und Pflichten der Agitationskommission und Vertrauensmänner. (Zu diesem Punkt wird ein einleitendes Referat gehalten.) 2. Anträge und Besprechung derselben zur Generalversammlung. 3. Aufstellung resp. Verständigung über Kandidaten zur Generalversammlung. 4. Wie soll in Zukunft gearbeitet werden? Anwesend sind sämtliche Vertrauensmänner des Bezirks, als Gäste Genosse Gaber, Littin und mehrere Mitglieder der Zahlstelle Roßlau. Der Vorsitzende Gen. Schröder-Wittenberg eröffnet um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags die Konferenz und gibt die Tages-Ordnung bekannt, dieselbe wird dahin abgeändert, daß Punkt 4 mit unter 1 erledigt werden soll. Auf Anfrage eines als Guest anwesenden Genossen, ob selbige sich mit an der Debatte beteiligen können, wird zugesimmt. Da noch zwei Vertrauensmänner zu erwarten sind, wird Punkt 1 bis zu deren Erscheinen zurückgestellt und Punkt 2 zur Debatte gestellt. Bezuglich Schiedsgericht wird der Antrag der Zahlstelle Roßlau, welche das frühere sogenannte Dreimännerhukem befürwortet, gut gehalten, im Abstimmungsfalle ist die Konferenz für den Antrag I Nürnberg. Antrag II Nürnberg wird abgelehnt mit Begründung, daß es für die Zahlstellenverwaltung ein äußerst schwieriges Amt ist, den Fragebogen gewissenhaft zu beantworten und es leicht zu Missverständnissen führen kann. Antrag III Nürnberg wird ebenfalls abgelehnt. Antrag IV Nürnberg wird zugesimmt. Antrag I Oh druf wird angenommen. Die beiden noch fehlenden Vertrauensmänner betreten das Lokal, der Vorsitzende setzt dieselben von der Tages Ordnung und den bis jetzt gepflogenen Verhandlungen in Kenntnis. Es wird beschlossen, bis zur Mittagspause bei diesem Punkte zu verbleiben. Eine längere eingehende Debatte rufen die Anträge Berlin II hervor. Trotzdem hervorgehoben wird, daß es Pflicht eines jeden Berufskollegen ist, der Organisation fortwährend anzugehören, ohne hierfür belohnt zu werden, ist die Konferenz der Ansicht, die

jetzigen Unterstützungsäste beizubehalten. Bezuglich Sanierung der Kassenverhältnisse wird in Anregung gebracht, daß der Vorstand die Berechtigung haben sollte, in jedem Quartal je nach Bedarf ein oder zwei Exrabatträge zu erheben, ohne hierzu eine Mitgliederabstimmung zu veranlassen, wird in Anbetracht der hiermit gemachten Erfahrungen abgelehnt und beschlossen, in sämtlichen Stufen den Beitrag um 5 Pf. zu erhöhen. Es tritt eine Mittagspause von einer Stunde ein. Nach Beendigung derselben erhält Gen. Kalbfleisch das Wort zu Punkt I der Tages-Dichnung. In längeren sachlichen Ausführungen weist er auf die Rechte und Pflichten der Vertrauensmänner hin, insbesondere ist der Statistik die größte Aufmerksamkeit zu widmen. (Siehe unter Weihwasser in Nr. 12 der „A.“) Ferner ist es Pflicht der Vertrauensmänner, in den Zahlstellen stets praktisch zu arbeiten, auf alle Vorkommnisse immer ein wachsame Auge zu haben und etwaigen Verwirrungen oder Ber-splitterungen der Mitglieder vorzubeugen oder beizulegen. Wünschenswert ist es, sofern der Vertrauensmann nicht selbst Verwaltungsmitglied ist, das Recht hat, in besonderen, namentlich die Agitation betreffenden Angelegenheiten, eine Verwaltungssitzung einzuberufen. Die Vertrauensmänner haben stets unter einander, sowie mit dem Vorort, Fühlung zu halten und das gewonnene Material an Erzähler einzufinden. Wenn in Zukunft in diesem Sinne gearbeitet wird, werden die Vertrauensmänner auch in der Lage sein, aufklärend zu wirken und etwaige Gegner derselben von ihrer Möglichkeit überzeugen. In der sich hieran schließenden Diskussion wird dem Referenten zugestimmt. Der Bericht der einzelnen Vertrauensmänner über die örtlichen Verhältnisse ergiebt, daß dieselben eifrig bemüht sind, so viel Material wie irgend möglich zu sammeln und beständige Missstände aus der Welt zu schaffen. Zugleich der Delegiertenwahl zur Generalversammlung wird beschlossen, nur einem tüchtigen Genossen die Stimme zu geben und in den Zahlstellen in diesem Sinne zu wirken. Folgender Antrag wird angenommen: „In Zukunft soll vor Aussstellung von Kandidaten zur Generalversammlung eine Konferenz der Vertrauensmänner stattfinden.“ Es erfolgt nunmehr eine Befragung über den Vorschlag Ilmenau betrifft Gaueintheilung; derselbe wird nach längerer Debatte verworfen und empfohlen, das Vertrauensmännerystem beizubehalten, dasselbe jedoch mit mehr Rechten auszustatten. Ebenfalls zugestimmt wird der Antrag von Elsterwerda in Nr. 12 der „A.“ bezüglich Aufhebung der kleinen Sperrre. Da inzwischen die Zeit soweit vorgeschritten ist, daß uns einige Delegierte verlassen müssen, schließt der Vorsitzende, indem er in seinem Schlusswort zu reger Arbeit ersucht, um 5½ Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

— **Meißen.** Unter überaus starker Beteiligung der Arbeitnehmer fanden hier am 21. März die Gewerbeerichtswahlen statt. Die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten wurden mit 1737 bis 1739 Stimmen gewählt; Gegenliste war nicht vorhanden. Es wurde auch ein Porzelliner zum Beisitzer gewählt und zwar der Gen. Richard Chiemie, Dreher.

— In Probstau (Böhmen) streiken die Arbeiter dortiger Porzellansfabrik. Die „Freiheit“, ein sozialdemokratisches Blatt, das in Teplitz-Schönau erscheint, brachte einen Aufruf über den Streik, die der behördlichen Rofifikation verfiel. Im österreichischen Parlament ist seitens des Abg. Hannich u. Gen. folgende Interpellation eingereicht worden:

Hat der Herr Justizminister Kenntnis von dieser unerhörten, rein persönlichen Geschäftigkeit des Bezirkshauptmanns Gräf gegen freikundige Arbeiter und seinem Hang zur Unterdrückung der ohnehin geschmälernden Pressefreiheit in Österreich?

Und ist der Herr Justizminister geneigt, dem schrankenlosen Wüthen des Herrn Gräf gegen die Presse in Teplitz-Schönau Einhalt zu gebieten?

— **Internationales.** Neben drohende Differenzen bei Gebr. Johnson in Hanley berichteten wir bereits in Nr. 13. Wir ersuchten den Sekretär der Gesellschaft der „Hollow-ware und Sanitary Pressers etc.“ uns Näheres mitzuteilen und erhielten Antwort, die in Übersetzung folgendermaßen lautet:

Werther Freund!

Die Differenzen in den Hanleyer Sanitätswaren von Gebr. Johnson, M. G., haben zu einem Streit geführt. Der Streit begann am 25. März. Die Firma sind noch aussändig, und ich fürchte, wir haben einen harten Kampf zu bestehen. Die fragliche Firma ist eine der größten Steingutfabriken der Welt, sodaß ich fürchte, falls der Streit bis zum Neuersten innegehalten werden muss, daß einiges Monate vergehen, bis er zu Ende ist. Wenn die Arbeiter gewinnen sollten, wie ich hoffe und glaube, so verlangen sie, daß man ihnen dieselben Preise zahlt und sie unter denselben Bedingungen arbeiten läßt, wie sie in allen anderen ähnlichen Fabriken des Staffordshire Districts in Kraft sind. In diesem Distrikt werden mehr Sanitätswaren hergestellt als in dem ganzen Vereinigten Königreich. Außerdem setzen sie einer versuchten Reduzierung seitens der Firma Widerstand entgegen, die 12½ Prozent für Waschbecken und 7½ p.C. für andere Artikel betragen sollte. Die Bedingungen, die sie auszuweichen haben, bestehen in zuerst schlechter Behandlung und in vielen Fällen mühten ihnen viele Pfund englischen Geldes zukommen, während sie nach Hause geschickt werden mit sehr geringem oder überhaupt keinem Lohn.

Sie fragen, welche Bedeutung die englischen Steingutarbeiter dem 25. März beilegen. Der 25. März ist unser jährlicher Abrechnungstag. Es besteht das rühmliche Einvernehmen zwischen der großen Mehrzahl der Arbeitgeber und ihren Arbeitern, daß volle sechs Wochen vor dem 25. März jede Abänderung der Arbeitslöhne bekannt gegeben werden muß, und daß zu irgend einer andern Zeit weder Vortheile gefordert noch Reduzierungen auferlegt werden dürfen.

Gestatten Sie mir, Ihnen im Auftrage der Streikenden und auch der Mitglieder meines Verbandes herzlich zu danken für die prompte Weise, in der Sie mein Telegramm erledigten, und für den Artikel, der in Ihrer geschätzten Zeitung erschien und die deutschen Steingutarbeiter warnte, auf den Seim zu kriechen und herüber nach England zu kommen, um die Plätze von Leuten einzunehmen, die um ihr gutes Recht kämpfen und das Gewerbe zu beschützen suchen, wo von sie leben. Ebenso schlechte Bezahlung wird so schlechte Zustände müssen, wenn man sie fortbestehen läßt, am Ende in dem ganzen Gewerbe eintreten, sei es in England, Deutschland oder sonst einem Lande.

Wenn es mir einmal möglich sein sollte, Ihnen und den deutschen Kollegen einen gleichen Dienst zu erweisen, würde ich es mit dem größten Vergnügen thun.

Zur Zeit haben wir erst einen Ortsaufruf erlassen, von dem ich ein Exemplar beigelege. Die Zeit kann kommen, ehe der Streik beendet ist, wo wir gezwungen sind, die

„Trabe“-Verbände unseres eigenen Landes und möglicher Weise auch Deutschlands um Hilfe zu bitten. Aber wir wissen, daß das Gewerbe in Ihrem Lande schlecht sieht, und wir möchten Ihnen zu verstehen geben, daß wir Sie gegenwärtig nicht um finanzielle Hilfe angehen.

Ihr treu ergebener

T. Bidin.

„S“ ist drüber wie höher, die Bedrückung und Ausbeutung der Arbeiter durch die „Herren“ ist mehr als alles andere: international Hoffnungen beherzigen unsere deutschen Gewerkschaften das, was wir in Nr. 13 unter gleicher Rubrik schrieben und lassen sich nicht herbei, den Kanal La Manche resp. die Nordsee zu überschiffen, um Streitbrecher zu werden.

— **Familie Imle** veröffentlicht in den „Sozialistischen Dionatastien“ eine Artikelserie unter dem Titel „Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften“. In der Ap. Nummer finden wir folgende auf die Porzellanarbeiter bezügliche Sätze, die wir um so lieber abdrucken, als wir vor der Generalversammlung stehen und es den Delegirten zu derselben angenehm sein wird, von anderer Seite im großen Ganzen zutreffende Ausführungen über unsere Einschätzungen zu vernehmen. Es heißt da:

„Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften, mit denen wir uns in diesem Abschnitt beschäftigen, fällt schon in die Zeit nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Eine Ausnahme davon machen allerdings die Porzellanarbeiter, welche sich aus dem seit 1869 bestehenden Hirsch-Durchschen Gewerberein der Porzelliner allmählich ins Lager der freien Gewerkschaften hinzubewegt haben. Von Anbeginn an hatte der Gewerberein sich die Unterstützung der Arbeitslosen zur Hauptaufgabe gemacht. Ende der achtziger Jahre wurde geplant, die eine Unterstützungsstätte, welche bei einem Beitrag von 15 Pf. 6 Mr. auf 10 Wochen gewährte, durch eine zweite Klasse mit 25 Pf. Beitrag und 10,50 Mr. Unterstützung zu ergänzen.

Aber vor der Wirklichkeit dieses Vorhabens löste sich der alte Gewerberein auf. Der innere Gegensatz zwischen konservativen und fortschrittlichen Elementen führte während der Berathungen der Arbeiterschutzgesetze im Reichstage zum offenen Kollkt. Die linksstehenden Gewerbereinler schlossen sich mit dem während des Sozialistengesetzes gegründeten Unterstützungsverein der Porzellanaubrecher zu einem gewerkschaftlichen Centralverband zusammen, der sich durch Angliederung an die Generalkommision deutscher Gewerkschaften faktisch von der Hirsch-Durchschen Litung loszog. Aber was brauchbar war, nämlich das sorgfältig ausgebauten Unterstützungsweisen, das haben sich die Porzellanarbeiter aus ihrer früheren Organisation in die neue hinzübergetragen, ja mit fast künstlerischem Geschick haben sie es weiter ausgearbeitet. Anfanglich wurden die Mitglieder nach dem Arbeitsverdienst in drei Unterstützungsklassen eingeteilt. Die erste, mit 10 Pf. Beitrag, bot 4,50 Mr. Unterstützung, die zweite, mit 20 Pf., 7,50 Mr., die dritte, mit 30 Pf., 10,50 Mr. Die Generalversammlung 1896 gliederte diesen drei Klassen noch eine vierte an, was nachstehende Veränderung der Unterstützungsäste und der Beiträge notwendig machte. Bei 20 Pf. Beitrag wurden nun 8 Mr., bei 25 Pf. 10 Mr., bei 30 Pf. 12 Mr., bei 35 Pf. 14 Mr. Unterstützung geleistet. Wie auf den ersten Blick ersichtlich ist, handelt es sich hier nicht um eine einfache Beitragserhöhung (die 10-Pf.-Klasse kam ganz in Wegfall, sondern

Wen es notwendig mache. Bei 20 Pf. Beitrag wurden nun 8 Mr., bei 25 Pf. 10 Mr., bei 30 Pf. 12 Mr., bei 35 Pf. 14 Mr. Unterstützung geleistet. Wie auf den ersten Blick ersichtlich ist, handelt es sich hier nicht um eine einfache Beitragserhöhung (die 10-Pf.-Klasse kam ganz in Wegfall, sondern

stützungsleistungen. Die Unterstützung konnte vom zweiten Tage der Arbeitslosigkeit an empfangen werden.

Aber schon nach drei Jahren wurde das mühsam errungene Unterstützungsysteem, in das sich die Verwaltungen, wie ja erklärtlich, nur mit großer Schwierigkeit eingelebt hatten, wieder durch ein differenzierteres, fünfklassiges ersetzt. Für alle Klassen mußte unter Beibehaltung derselben Leistungen der Beitrag um 5 Pf. erhöht werden. Es wurde aber gerade dadurch notwendig, die früher verworfene 10 Pf.-Klasse für die Lehrerinnen und besonders für die dem Verband seit 1896 angehörenden weiblichen Berufsangehörigen wieder einzurichten, da für letztere bei den oft geradezu jämmerlichen Lohnverhältnissen die neu geschaffne unterste Klasse mit 25 Pf. Beitrag unzugänglich geworden war. Die hohen Leistungen sind: bei 10 Pf. Wochenbeitrag 4 M., bei 25 Pf. 8 M., bei 30 Pf. 10 M., bei 35 Pf. 12 M., bei 40 Pf. 14 M. wöchentlich für Arbeitslose auf der Reise und am Orte. Außerdem wird ein Zuschuß zu den Umzugskosten geleistet. Die Mitglieder sind nach einjähriger Beitragsleistung bezugsberechtigt, und die Höchstdauer der Unterstützung beträgt dreizehn Wochen. Um die Verwaltungarbeit zu erleichtern, gilt für alle Mitglieder die Selbst einschätzungs pflicht, doch darf sich keiner eine höhere Unterstützung als drei Viertel seines Arbeitslohnes sichern. Nach den Beschlüssen von 1899 wird wöchentlich 2 M., nach zehnjährigem Festhalten am Verband um 3 M. pro Woche erhöht. Streikende und Gewerkschaftsregelte empfangen, soweit sie die Ratenzeit noch nicht durchgemacht haben, die einfache Arbeitslosenunterstützung, nach einem Jahre erhalten sie die für zehnjährige Mitgliedschaft vorgesehene erhöhte Arbeitslosenunterstützung mit einer Bulage von 50 Pf. für jedes Kind. Von allen mir bekannten Gewerkschaften bezahlt der Centralverband der Porzellanarbeiter die höchste Arbeitslosenunterstützung, er übertrifft selbst die Leistungen des Buchdrucker verbandes, welche allerdings durch die nach den einzelnen Orten ganz verschiedenen Lokalschlüsse auf die Arbeitslosenunterstützung (1,50 Mark bis 7 M.) beträchtlich erhöht werden. Um so mehr muß es uns in Erstaunen schenken, daß die Höchstdauer der Unterstützung auf 13 Wochen festgesetzt ist^{*)}, obgleich es einer starken Gewerkschaft doch gerade darauf ankommen muß, ihren Arbeitslosen nicht nur eine menschenwürdige Existenz zu sichern, sondern sie selbst auf Kosten der absoluten Höhe der Unterstützungsstücke, so lange wie irgend möglich, von der Verschleudung ihrer Arbeitskraft zurückzuhalten. Vielleicht wird die wirtschaftliche Krise, welche sich schon jetzt im Berufe sehr stark fühlbar macht, den Porzellanarbeitern nach dieser Richtung einen Wind geben, um so mehr, da heute schon von manchen Seiten die Befürchtung laut wird, daß das Verbandsvermögen von 113 786,66 M. (11,70 M. p.o Kopf) nicht ausreichen wird, um den eingegangenen Unterstützungsverpflichtungen nachzukommen. Nach der Meinung vieler Verbandsangehöriger ist es gerade die Höhe der Arbeitslosenunterstützung, welche die Kollegen zur frivolen Ausbeutung der Verbandsstelle verführt, indem sie die Entlassung provozieren. Es wird darüber getagt, daß sich die „Zahl derer bedenklich vermehrt, welche nach empfangerer Arbeitslosenunterstützung dem Verbande den Rücken lehren.“ Im Jahre 1896 waren es 101, im Jahre 1898 232 Mitglieder. Eines ist sicher: gerade ein Verband, der auf unter-

stützungstechnischem Gebiete so hohe Leistungen aufweisen kann, muß es sich zur wichtigsten Aufgabe machen, seinen Mitgliedern einzuschärfen, daß sie nicht einer wohlorganisierten Versicherungsgesellschaft, sondern einer Kampfsorganisation zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen angehören. Die Verbandsleitung läßt sich diese Pflicht allerdings sehr angelegen sein, doch steht sie leider da und dort noch auf ziemlich großer Verständnislosigkeit. — Die Gesamtausgabe für Arbeitslosenunterstützung belaufen sich von 1891 bis 1900 auf 205 003 Mark; ungefähr in derselben Zeit hat die Mitgliederzahl um 58,8 p.C. zugenommen und betrug Ende 1900 9719; 20,75 p.C.^{**)} der Verfassungsleuten gehörten dem Verbande an.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— „Leben und Leben lassen“ soll die Devise des älteren Krupp gelautet haben. Der Sohn dieses Krupp sen. scheint nur mehr den ersten Theil der Devise gelten zu lassen. Er, dessen Einkommen über 20 Millionen jährlich beträgt, lebt zur Zeit auf der Insel Capri. Einem Theil seiner Arbeiter in Essen ist von einem Betriebsführer eine Arbeitsordnung aufgehalst worden, nach dessen Bestimmungen ihnen die Mittagspause gekürzt wird. Eine Versammlung beschloß Herrn Krupp telegraphisch und dann noch schriftlich zu ersuchen, die frühere Arbeitsordnung wieder herzustellen. Über Herrn Krupp, der in Capri jedenfalls auch nur eine kurze Mittagspause hält, trotz seiner gewiß anstrengenden Arbeit, hat den Arbeitern telegraphisch geantwortet, daß im Interesse des Betriebes die Maßregel der Verkürzung der Mittagspause aufrecht erhalten bleiben müsse. Daraufhin wieder Versammlung der Arbeiter, in welcher das Bedauern über die abweisende Antwort ausgesprochen wurde; zu gleicher Zeit wurden die Arbeiter aber auch aufgefordert, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Hoffentlich kommen sie der Aufforderung nach.

— In Böhmen haben sich die Kommunal-Sicherheitsorgane der deutschen Ortsgemeinden zu einer Organisation zusammengeschlossen. Obwohl man sozialdemokratische Tendenzen in oberen Kreisen wittert, stehen doch auch viele Staats- und Kommunalbehörden dieser Organisation sympathisch gegenüber. Der Verein bezweckt durch Einwirkung auf die einzelnen Angehörigen des Standes der Kommunal-Sicherheitswachen deren Selbstbewußtsein zu heben, ihnen die Wichtigkeit des Sicherheitsdienstes vor Augen zu halten, in ihnen den Sinn für eine Zusammengehörigkeit zu wecken und sich zu bestreben, ihnen ein wirtschaftlich und sozial besseres Dasein zu verschaffen.

— Der Verband der Buchdrucker hat seit 1. Januar — Anfang d. J. um 1017 Mitglieder sich vermehrt. Die Tarifgemeinschaft, die öfter von gewissen Seiten verläßt wird, scheint auch in dieser Beziehung gut zu wirken. In der jetzigen schlechten Geschäftszzeit haben die meisten Gewerkschaften Mühe, ihren Mitgliederstand zu halten, die Buchdrucker gehen auch nach dieser Richtung hin ein gutes Vorbild.

— **Arbeiter-Bildungsschule in Berlin.** Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Et. Lehrplan für das 2. Quartal 1902. Dienstag. Geschichte: Die Literatur-Geschichte von Luther bis zur Gegenwart. Schriftsteller Dr. Rud. Steiner. Donnerstag: National-Oekonomie: Börsen und Märkte. Schriftsteller G. Bernhard. Freitag. Rede-

Übung: Übungen in mündlicher Rebe und m schriftlichen Aussch. Schriftsteller Dr. Rud. Steiner.

Der Unterricht beginnt in Geschichte Dienstag, den 15. April; National-Oekonomie Donnerstag, den 17. April; Rede-Übung Freitag, den 18. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr endet pünktlich 1/21 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M., und ist am zweiten Abend zu zahlen. — Der erste Abend jedes Kursus steht Federmann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II, und in nächstliegenden Bahnhöfen: Gotfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Paul, Barnimstr. 42; Vogel, Demminerstr. 32; Krause, Müllerstr. 7a. — Alle Christen sind am Sonntag Vormittag Hermann Baumé, Berlin SW, Möckernstraße 101, IV Goldsendungen an den Käffner Hartwig Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 50, zu senden.

Der Vorstand.

Versammlungsberichte etc.

Flensburg. Eine von 79 Mitgliedern besuchte Versammlung beschäftigte sich mit seit längerer Zeit schwelenden Discrepanzen zwischen der Dreher, Brenner und Maler in der Flensburger Aktienfabrik. Die betroffene Personale haben verschiedene Forderungen an die Direction eingerichtet, welche allem Anschein nach in Gänze erledigt werden können. Gernfalls fand die Wahl der Delegirten zur Generalversammlung statt, wogegen 102 Stimmen abgegeben wurden. Es erhielten:

| | |
|-------------------------------|------------|
| Emil Hennig | 82 Stimmen |
| Louis Waldmann | 48 " |
| Albert Krämer | 21 " |
| Karl Küllmar | 19 " |
| Walter, Unterpolitz | 12 " |
| Müller | 1 Stimme |
| Born | 1 " |
| Dohs | 1 " |

Ein Stimmzettel wurde unbeschrieben abgegeben. Dem Gen. Waldmann, welcher vor längerer Zeit gemäßigt worden ist und jetzt wegen Krankheit sich in Noth befindet, wurden bereits verabfolgte 15 M. aus dem 5 p.C. Fond bewilligt. Auch wurden die Personale der verschiedenen Fabriken am Orte aufgefordert, dahin zu wirken, daß Gen. Waldmann, welcher sich für die Arbeiterschaft genügend verdient gemacht hat, nicht Noth leiden müsse. Ferner wurde eine Resolution, welche vom Vorstand an die „A.“ zur Bekanntmachung eingesandt werden soll, laut welcher der verleumderische Artikel in Nr. 13 der „A.“ Zur Generalversammlung, gezeichnet G. M., der Wahlheit gemäß richtig gestellt wird, mit 74 gegen 5 Stimmen angenommen.

Köln. Am Freitag, den 28. März fand in Köln eine Vertrauensmänner Tagung des 18. Agitationsteiles statt und waren sämtliche Vertrauensmänner, mit Ausnahme von Hansen, vertreten. Gen. Hirsch eröffnete um 3 Uhr Nachmittags die Versammlung und betonte, daß der eigentliche Grund unseres Hierseins darin gipfelt, etwas Erprobliches in Bezug auf Agitation, sowie Anträge zu der Generalversammlung festzusetzen zu können. Hierauf wurde während der Dauer unserer Verhandlung Gen. Rothe-Röhrig als Vorsitzender und Seelmann-Kronach als Schriftführer gewählt. Nach einigen persönlichen Bemerkungen gingen wir auf den 1. Punkt unserer Tagesordnung, „Anträge zur Generalversammlung“, über und wurden folgende Punkte erledigt:

1. Antrag Vorgangs: Die Generalversammlung wird ersucht zu bestimmen, ob jährlich eine Agitationstreise für die Dauer einer Agitationstreise aus Verbandsmitteln zu engagieren.

2. Antrag: Weil dadurch die Arbeiterinnen mehrere Vertrauen gewinnen und unseres Daseinsicherer zu Organisation zu bewegen sind.

3. Antrag: Die Vertrauensmänner des 18. Bezirksteiles stellen den Antrag, die Generalversammlung zu ersuchen, dahinzutun, daß an Stelle der 10 und 25 Pfennig-Beitragsstufe noch eine Zwischenstufe eingesetzt wird. Die Höhe des Beitrages überlassen wir den Delegirten.

4. Antrag: Es wird dadurch den Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit geboten, sich höher oder niedriger zu versichern.

5. Antrag: Die Generalversammlung wird ersucht, der Hauptverwaltung anheim zu stellen,

^{*)} Auf Streikende und Gewerkschaftsregelte findet diese Beschleierung der Unterstützungsdaile natürlich keine Anwendung.

^{**) 80} Die Generalkommission gibt 81,57 p.C. an.

eins Statistik auszuarbeiten, um hieraus ersehen zu können, wie groß noch die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist, welche nach 6 stündiger Arbeitszeit gezwungen werden, der Heimarbeit noch Folge leisten zu müssen. Die Agitation Bezirke haben auf Anweisung von Seiten des Hauptvorstandes die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

4. Antrag Kronach. Die Generalversammlung wird ersucht, das Schiedsgericht aufzuhören. Dienten Beschlüsse aber, die der Vorstand außerhalb des Rahmens unserer Statuten fasst und dessen Konsequenz von den betreffenden Mitgliedern oder Wahlstellen bestritten wird, können auf Antrag einer Wahlstelle dem Agitation Bezirk, in dessen Nation diesebe liegt, zur nochmaligen Prüfung unterbreitet werden und ist deren Urteil als endgültig zu erachten.

Begründung: Dadurch werden persönliche Nebereien vermieden, bzw. hat der Hauptvorstand die Versicherung nunmehr kein untergeordneter Apparat mehr zu sein.

5. Antrag Coburg. Die Delegierten der Generalversammlung werden ersucht zu beschließen, einen Jahresbeitrag von 20 Pf. pro Mitglied an die Zentralkommission abzustatten und den jeweiligen Bevollmächtigten zu beauftragen, auf dem Gewerkschaftscongres dafür einzutreten, daß diese Beträge von allen Gewerkschaften erhoben werden, um größere Streiks nach Kräften unterstützen zu können.

6. Antrag Schney. Wenn eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet, so ist die nächstfolgende ordentliche Generalversammlung erst nach drei Jahren abzuhalten.

Begründung: Aus Sparsamkeitsrücksichten.

Der 2. Punkt der Tagesordnung, Agitationssammlungen betreffend, wurde in entsprechender Weise erledigt. Hierauf erklärte Hirsh und Stamm Schney den Vorstand über den Agitation Bezirk nicht mehr länger bekleiden zu können, indem durch die Vorarbeiter zur nächsten Reichstagswahl ihre Kräfte so in Anspruch genommen werden, daß von einer richtigen Durchführung fraglicher Posten keine Rede mehr sein könnte. Erklärten sich aber bereit, bis nach der Generalversammlung eventuell es noch machen zu wollen. Hierauf schloß Hirsh um 8 $\frac{1}{4}$ Uhr die Sitzung.

Weissen. Die am 5. d. März im „Thurmhaus“ tagende gut besuchte Versammlung beschäftigte sich nochmals mit der bevorstehenden General-Versammlung und wurde beschlossen, letzterer folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Zu § 34 des Status wurde beantragt: Die General-Versammlung wolle beschließen, den Wahlstellen 8 p.C. der Einnahmen zur Verfügung zu stellen.

Motiv: Die zur Zeit gewählten 5 p.C. reichen in den meisten Wahlstellen, um den Ansprüchen der Gewerkschaftsbewegung am Ort gerecht zu werden, nicht aus. 15 p.C., wie solche früher zur Verfügung standen, hätten die Hauptkasse zu schwer belasten und würde es sich deshalb empfehlen, den Mittelweg einzuschlagen.

2. Zu § 18, Absatz 1 des Unterstützungs-Reglements beantragen wir die Worte: „unter Abzug der Beiträge“, zu streichen.

Motiv: Ein Mitglied, welches auf die wenigen Mark Unterstützung angewiesen ist, kann selbst diese wenigen Pfennige schwer entbehren. Auch dürfte durch Sanktionierung dieses Antrages nur schwach belastet werden.

Des Weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit einigen von der Wahlstelle Dresden gestellten Anträgen, welche den Wahlstellen des 5. Agitation Bezirk zur Beratung und Unterbringung unterbreitet wurden. Diese fanden ih. als Annahme, th. als Ablehnung. Zwei Anträge der Agitation-Kommission, welche die Wahlguppenvereinigung betrafen und bereits zur letzten Agitation-Konferenz zur Beratung standen, fanden Unterbringung. Ein dritter Antrag betrifft die Gauentheilung und wird in Unberacht dessen, daß die von Jimenau ausgangene Anregung präziser gehalten ist und jedenfalls die nächste General-Versammlung beschäftigen wird, über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Hiernach wurde die Wahl eines Delegierten vorgenommen. Einige Wünsche aus der Mitte der Versammlung, das Volk betrifft, werden versprochen der Vorstand durch Vorstellungen bei der Wahl hin entsprechen zu wollen. Die Erledigung eines Fragezettels, nach welchem verlangt wird, daß Verei. s. o. wieder nach dem „Kronprinz“ zu verlegen, wird wegen vorgeträumter Zeit für nächste Versammlung vertagt. Hierauf spricht der Vorstand die Erwartung aus, daß auch in Zukunft die Versammlungen so zahlreich wie die heutige befürchtet sein möchten, dann würde es auch der Verwaltung ein Vergnügen sein, den ihr obliegenden Verpflichtungen gewissenhaft nachzukommen.

N.B. Das vom Kollegen R. h. gestellte Föhlchen gelangt nicht, wie anfangs bestimmt, im „Hahnenmann“, sondern in nächster Versammlung im „Thurmhaus“ zum Ausschank, was die Mitglieder ganz besonders beachten wollen.

Koskau. (Bericht unserer beiden letzten kurz aufeinander stattgefundenen Versammlungen.) „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ stand wieder auf der Tagesordnung. Gen. Lehr hatte die Einleitung übernommen, die sich daran anschließende Diskussion gestaltete sich

recht ernst und hoffen wir, daß die gepflogenen Wahlstellen sich recht fruchtbbringend erweisen möchten als Kandidaten zur General-Versammlung wurden vorschlagen: Paulick, Kallisch und Lehr; Gen. Kallisch verzichtet. Gen. Paulick und Lehr erhielten gleiche Stimmenzahl, das Los entschied für Paulick; wir können den Gen. Paulick zum Delegierten empfehlen. Nach reiflicher Diskussion stellt die Wahlstelle folgende Anträge an die General-Versammlung:

1. Das Schiedsgericht soll aus 8 Personen zusammengesetzt werden: a) dem Vertreter des Klägers, b) dem Vertreter des Haupt-Vorstandes und c) einem unparteiischen Obmann, d. h. ein einer anderen Gewerkschaft angehörender Kollege. Als des Schiedsgerichts soll der Vorort sein.

Begründung: Wir erblicken in einer derartigen Zusammensetzung ein viel werthvollereres Schiedsgericht und außerdem steht die Einwendung des Hauptvorstandes jederzeit zur Verfügung. Bei unübliche Aufruhr würde vermieden werden.

2. § 5 des Unterstützungs-Reglements soll folgenden Zusatz erhalten: Mit der Maßgabe, daß die gesetzliche oder vereinbarte Entschädigungsfeststellung eingehalten und im entgegengesetzten Falle der vom Haupt-Vorstand zur Verfügung gestellte Rechtschutz angewendet wurde.

Begründung: Direktive vor Schiedsgericht und Haupt-Vorstand und die dem Hauptvorstand eingeräumten Rechte sollen trotzdem gewahrt bleiben.

3. § 5 (Seite 4). Zwids Verlust und Erlangung der Mitgliedschaft, soll es am Schluss heißen: „wie Werkmeister-Verband u. s. w.“

Begründung halten wir für überflüssig.

4. Über Streiks, Arbeitsniederlegung, Sperre (kleine und große) und Extrabehörde, soll das Schiedsgericht nicht entscheiden.

Begründung: Die Entscheidungen hierüber müssen einzig und allein der Zentralleitung überlassen bleiben.

5. Bei größeren Streiks ist der Haupt-Vorstand ermächtigt, ohne Mitglieder-Abstimmung Extrabehörde nach der Höhe des Verdienstes zu erheben.

Begründung: Um unsere Kasse bei allen vorkommenden Eventualitäten leistungsfähig zu erhalten.

6. Gaufestung betreffend. Bei einer Gaufestung sollen die Gauleiter durch den Haupt-Vorstand angestellt werden. Die Stellen werden in der „A“ ausgeschrieben und Reflektanten müssen ihre Bewerbung beim Haupt-Vorstand einsenden.

Begründung: Der Haupt-Vorstand muß am ersten wissen (wenigstens bei der Erfüllung), wer sich event. dazu eignen kann; auch können aus der Reihe der Wahlstellen geeignete Vorschläge gemacht werden.

7. Ständige Schreibbüros des Kassierers betreffend. Bei Besetzung resp. Übersezung dieser Stelle, soll diese Stelle in der „A“ ausgeschrieben werden und Bewerber müssen ihre Bewerbung dem Haupt-Vorstand einreichen, welcher die Stelle dann besetzt.

Begründung: Die Auszeichnung dieser Stelle wird dem demokratischen Grundsatz nichts entziehen. Auch hier könnte ein Genosse Bewerbung führen, der in Bezug auf Agitation und Organisation ganz gute Dienste leisten kann.

In Bezug des Beihülfesonds spricht sich die Wahlstelle gegen die Antidote Nürnberg aus, welche die Altersgrenze der Eintretenden bis auf 40 Jahre sezen und durch die Wahlstellen-Berwaltungen aufgenommen werden sollen. Durch eine so hohe und in dieser Form gehaltene Aufnahme sei dem Beihülfesond nicht gedient. Andernfalls spricht sich die Wahlstelle dahin aus: Mal einen Versuch zu machen und zwar angenommen: B. V. vom 1. Juni bis 1. Oktober 1902 können alle, welche das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten, durch die Wahlstellen-Berwaltungen unter gewissenhafter Beantwortung der von letzterer vorgelegten Fragen, in den Beihülfesond aufgenommen werden. Die endgültige Aufnahme geschieht durch den Haupt-Vorstand.

Die Wahlstelle sprach sich auch gegen die Anträge Berlin II (Sanierung der A. S.) aus. Ueber die Erhöhung der Beiträge gingen die Meinungen auseinander: Ein Theil ist dafür und ein Theil dagegen. Einige Genossen vertreten den Standpunkt: „Niedrige Beiträge — niedrige Leistungen“ (Unterstützung), während von anderer Seite „hohe Beiträge — hohe Leistungen“ für den Beihülfesond vorgeschlagen werden. Diese Richtungen stimmen nach ihren Grundzügen. Dass es aber Genossen über sich bringen können, „niedrige Beiträge zahlen resp. keine Erhöhung und doch hohe Leistungen“ in Aussicht zu nehmen, zeugt nicht von großem Opfermut und ist auch nicht konsequent.

Wirschenreuth. Die am 26. März abgehaltene Versammlung der hiesigen Wahlstelle befaßte sich unter Anderem auch mit dem Antrag Berlin II, wo es sich hauptsächlich darum dreht, die Pflichten zu erweitern und die Rechte zu verstärken. Wenn man annimmt, daß in den meisten Wahlstellen die Beiträge schwer eingeholt werden können, so muß doch ein solcher Antrag wie Gist auf die Mitglieder wirken. Sollte dieser Antrag bei der General-Versammlung Anfang finden resp. angenommen werden, so würde das Resultat unbedingt Zustimmung vieler Mitglieder sein. Wir müßten doch eher Einrichtungen treffen, welche es den Berufsgenossen ermöglichen, sich an unsere Organisation anzuschließen.

Herner muß sehr beim je von den Mitgliedern die Agitation betrieben werden. Auch den wilslichen Mitgliedern möge in dieser Richtung mehr Sorgfalt zu gewendet werden. Wir schließen uns dem Artikel der Wahlstelle Margarethenhütte voll und ganz an und wünschen auch, daß der Vertreter bei der General-Versammlung dieselbe Stellung einnehmen, resp. den Antrag ablehnen.

Wittenberg. Die Versammlung vom 22. März war von 23 Mitgliedern besucht. Als Guest war anwesend Gen. Böhm aus Elsterwerda. Vorgeschlagen als Kandidaten zur General-Versammlung wurden die Gen. Schaper und Grohmann. Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde Gen. Schaper gewählt; derselbe nahm die Wahl auch an. Zur General-Versammlung wurden folgende Anträge einstimmig angenommen:

Antrag 1. Zusatz zu § 29. Hinter die Worte: „Belämmung im Verbands-Organ erlassen“ das Schiedsgericht hat alle Beschwerden über Beschlüsse des Vorstandes, durch welche einzelne Mitglieder sich in ihren ihnen zugehörenden Rechten beeinträchtigt fühlen, unter Zugrundelegung der statutarischen Bestimmungen zu regeln. Es entscheidet ebenfalls über Beschwerden einzelner Vorstandsmitglieder gegen Beschlüsse des Vorstandes. Der Vorstand hat den Beschluss des Schiedsgerichts unverzüglich auszuführen, sind jedoch an den Beschlüssen des Vorstandes alle Mitglieder interessiert, so tritt der § 33 in Kraft. Dem Schiedsgericht steht kein Recht zu, in interne Angelegenheiten des Vorstandes einzutreten.

Begründung: Um künftig Streitigkeiten zwischen Vorstand und Schiedsgericht zu vermeiden.

Antrag 2. Hinter § 34, Absatz 5. Kassenverhältnisse: Der Vorstand ist berechtigt, zur Sanierung der Kasse in jedem Quartal 2 Wochen Extrabehörde in Höhe der ordentlichen Beiträge zu erheben.

Begründung: Die Verbandskasse vor etwaigem Geldmangel zu schützen.

Antrag 3. Die Ditsen der Delegierten sind so zu bemessen, daß selbigen pro Tag 8 Mark und für jeden verloren gegangenen Arbeitstag 4 Mark Bohnentschädigung gewährt wird.

Begründung: Um die Ditsen nach dem Bohnausfall mit zu regeln.

Antrag 4. Aushebung der Agitationskommission und -Bezirke.

Begründung: Selbige sind zwecklos und kosten viel Geld.

Punkt 4: Verschiedenes. Hier wurden dem Genossen G. Schröder die Mittel zur Reise der Agitationskommission noch Rücken bewilligt.

Briefkasten.

„Immer langsam voran“ in H. Wenn es jenseit mal über bis sechs Wochen gebaut hat, ehe Sie Antwort bekommen, so war ich nicht, sondern die dortige Verwaltung daran schuld. Diese hat jedenfalls nach reiflicher Überlegung die Bekanntmachung der Anzeigezeit bis zur besser passenden Zeit verlagert. Sie werden wohl in der Lage sein, erwogen zu können, ob diese Zeit jetzt gekommen ist und wenn dies der Fall ist, so bitte ich direkt vorzugehen und bei der Verwaltung anzuholpen. Zu was der Umweg über Charlottenburg? Dass Ihre Darstellung richtig ist, daran zweifle ich nicht und von einem „Rücken dicken“ kann nicht die Rede sein. Es fragt sich nur, ob, wenn man die gesammten in betreffender Fabrik arbeitenden Mitglieder nicht hinter sich hat die ganze Sache einen praktischen Zweck hat.

— 2505 Rathenow. Sie klatschen sich, wenn Sie meinen, nur Sie allein tragen die Verantwortung. Da braucht es ja keinen „verantwortlichen Redakteur“. Ich lehne die Aufnahme Ihres Eingangs wenn auch freundlich, aber ganz entschieden ab. Nur die Zeitung der in Frage kommenden Fabrik oder derjenige, der mir die Unterlage zu der Notiz gab, kann z. derselben, sofern sie den Thatsachen nicht entspricht, eine „Berichtigung“ verlangen. — Saargem. Es dürfte Ihnen so wohl auch genügen. Vielleicht empfiehlt sich einmal ein Flußblatt? Leuhern Sie sich, bitte, gelegentlich darüber. — Ton. Nur von Nr. 2 könnte ich einige Exemplare gebrauchen, die übrigen verwenden zu dem bekannten — Zweck. Im Lebigen aber: Wahlzeit! — K. W. Das Kritzelchen ist zur Aufnahme aber wirklich nicht brauchbar. Im Übrigen sind Ihre Gedanken ja schon von anderer Seite zum Ausdruck gekommen. — Mon ami Treich, Limoges. Veuillez me communiquer quelque chose sur le mouvement des porcelainiers de votre lieu, qui s'est développé par suite de l'introduction de la loi sur la reduction du temps de travail. Salutation J.

Adressen-Nachtrag.

Suhl. Vors.: Hubert Kessel, Mäler, Goldlauter. Schrift.: Otto Weiß, Dreher, Heidersbach. Kass.: Friedrich Schäbel, Dreher, Goldlauter 112. Vors.: Ernst Heim, Dreher, Lauter. Rev.: Friedrich Jäger, Dreher, Goldlauter. Hermann Weiß, Mäler, Goldlauter. Friedrich Weiß, Mäler, Goldlauter.

Suhl. Vors.: Hubert Kessel, Mäler, Goldlauter. Rev.: F. Jäger, Dreher, Goldlauter.

Bonn. Käffter Glas wohnt jetzt Ressnerstrasse 100 a.
Colditz. Schrifts.: Richard Abpping, Dreher, Sophienstr. W. I.
Düsseldorf. Schriftführer Bauer wohnt jetzt Beselerstr. 35.
Mannheim. Schrifts.: Josef Dengler, Formenmacher, Neuherrn Querstr. 8 in Kaiserthal.
Posen. Schrifts.: Paul Dittmann, Revisor: Paul Wozat, beide Dreher und wohnen Kronprinzenstr. 52.
Saargemünd. Rass.: J. N. Schösser, Dreher, Gl. 4. Str. 11. Revis.: Michael Fischer, Dreher, Bergstraße.

Sterbetafel.

Bonn - Poppelsdorf. Karl Tensler, Dreher, geb. 15. Dezember 1852 in Walbenburg, gest. 21. März an der Porzellanerkrankheit. Mitglied des Verbandes.
Buckau. Herrn. Schüler, Dreher, geb. 12. 3. 1855, gest. 23. 3. an Dungenekarrh (Schlaganfall und Gehirnblutung). Krank 11 Monate. Mitglied des Verbandes und Beihilfesonds.
Trachenreuth. Max Grath, Porzellandreher, geb. 7. 2. 1859 zu Passau, gest. 4. 4. an Dungenekwinduscht.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Charlottenburg. Vorstandssitzung, Dienstag, 16. April, Abends präzise 8 Uhr bei Fischbach, Marchstraße 24.
Annaburg. Sonnabend, 19. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Berlin I. Montag, 14. April, Abends 7 1/2 Uhr bei Blume, Schönhauser Allee 70.
Bonn - Poppelsdorf. Sonntag, 20. April, Nachmittags 9 Uhr bei W. Fassbender, Bonn, Kasernenstraße 16. Delegiertenwahl.
Burgruhr. Sonnabend, 12. April im Vereinslokal.
Charlottenburg. Sonnabend, 12. April, Abends 8 1/2 Uhr bei Beder. Delegiertenwahl.
Colditz. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im „Sächsischen Hof“. Quartalsabschluss.
Düsseldorf. Sonnabend, 12. April: Außerordentliche Versammlung. Delegiertenwahl. Wegen Abschlusses müssen sämtliche Mitglieder erscheinen.
Eisenberg. Sonnabend, 12. April im Vereinslokal. Wahl der Delegierten. Beratung der Anträge.
Gleisburg. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im Fürstenhof.
Grevenbroich. Sonnabend, 19. April im Saalhaus zu Niederausen.
Frankfurt a. M. - Offenbach. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr in Offenbach („Drei Könige“, Domstraße).
Frankfurt a. O. Sonnabend, 19. April im Vereinslokal „Akademische Blechhalle“.
Fürstenberg a. O. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Gräfenhain. Sonnabend, 19. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Delegiertenwahl. Bibliotheksbücher sind bis zur Versammlung abzugeben.
Gotha. Sonnabend, 19. April, Abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Holzung“. Delegiertenwahl.
Großenroda. Sonntag, 20. April, Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Delegiertenwahl. Alle erscheinen!
Gräfenhain. Sonntag, 19. April im Schützenhaus. Delegiertenwahl. Beitragsschalen.

Hausen. Sonntag, 19. April, Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal zu Unnenrode.
Klostereck. Montag, 14. April, Abends 1/27 Uhr bei Wirsing. Wahl eines Bestellvertretenden.
Königswartha. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Kronach. Sonnabend, den 12. April, Abends 1/28 Uhr im Vereinslokal.
Poppelsdorf. Montag, 14. April, Abends 1/26 Uhr im Vereinslokal. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung. Auf den bevorstehenden Quartalsabschluss werden sämtliche Mitglieder aufmerksam gemacht.
Langewiesen. Sonnabend, 19. April, Abends 9 Uhr in der Centralhalle.
Mannheim-Käfertal. Sonntag, 13. April, Nachmittags 3 Uhr bei H. Puk, Neckarvorstadt, Dammsstraße 10. Delegiertenwahl.
Martinroda. Sonnabend, den 12. April im „Thüringer Wald“.

Magdeburg. Neustadt. Sonnabend, den 12. April, Abends 8 Uhr im Restaurant von A. Bartels.

Märkisch Buchholz. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Delegiertenwahl.

Herausgegeben vom Verbande des Porzellan-

Mitterteich. Sonnabend, 19. April, Abends 7 Uhr im „Boyer Hof“. Quartalsabschluss.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 12. April bei Herzog. Delegiertenwahl.

Neuhau. Sonntag, 13. April, Nachmittags 5 Uhr im „Thüringer Hof“. Donnerstag, den 17. April im „Stuttgarter Hof“. Delegiertenwahl.

Potschappe. Sonnabend, 19. April, Abends 1/27 Uhr im „Deutschen Haus“. Delegiertenwahl.

Gedwitz. Sonnabend, 12. April, Abends 1/27 Uhr im Restaurant zur „Deutsche“. Delegiertenwahl.

Schwarza (Saalbahn). Sonnabend, 12. April, Abends 1/29 Uhr. Wahl der Delegierten.

Schweinfurt. Sonnabend, 12. April im Vereinslokal „Ludwigsthaler“.

Schwarzenbach. Sonnabend, den 12. April, Abends 8 Uhr bei Hans Köppel. — Sonntag, 13. April, Mittags 12 Uhr Abmarsch zur kombinierten Versammlung nach Oberlohra (Zur Sonne). Sammeln bei H. Köppel.

Stadttilm. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Waldburg. Sonnabend, 12. April, Abends 6 1/2 Uhr im kleinen Saale der Stadtbrauerei. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung.

Waldsassen. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss.

Wilstadtl. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr bei Pfister. Delegiertenwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 12. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung.

Hell a. H. Sonnabend, 19. April, Abends 8 Uhr im „Badischen Hof“. Delegiertenwahl.

Goldschmiede

sowie alle goldhaltigen Sachen lauft zu den höchsten Preisen bei plünktlicher und reeller Bedienung

Franz Brüdner, Selb, Marktstr. 52.

Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen, Winsel, Paletten, Glaschen, Wäpse u. s. w. werden ausgeschmiedet und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 80 Pf. ausgekauft. Sendungen werden schon erlebt.

H. Haupt, Dresden-A.
Karmarschstr. 12

la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Fraureuth b. Werdau i. S.

Goldschmiede. goldhaltige Lappen und Glaschen lauft zu hohen Preisen bei plünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadttilm, Thür.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiede und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und plünktliche Bedienung.

Man verleiht Prospekte Ältestes Geschäft dieser Art.



Achtung Altwasser!

Sonnabend, den 19. d. Mts., Abends 8 Uhr im Saale des „Deutschen Kaiser“ zu Altwasser:

Demonstrationsvortrag In Nacht und Eis.

Eine Schilderung der bedeuernden Nordpolfahrten von John Ross an bis zu Fridtjof Nansen und Georg Andrée, erläutert durch 105 Riesenlichtbilder.

Redner: R. Laube-Leipzig.

Zu diesem hochinteressanten Vortrage werden hiermit die Mitglieder der hiesigen sowie der umliegenden Zahlstellen freundlich eingeladen. Eintritt für Verbandsmitglieder 10 Pf., für Nichtmitglieder 25 Pf.

Die Verwaltung.

Ausflug nach Königsee (Günther)

Alle Mitglieder, welche zum 9. Wahlbezirk gehören, werden freundlich eingeladen.

Die Verwaltung.

Martinroda. Sonntag, den 13. April feiert die hiesige Zahlstelle ihr

Drittes Gründungsfest

bestehend in einem Tanzkränzchen.

Anfang 7 Uhr. Sämtliche Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlich eingeladen.

Die Verwaltung.

Vorzellananbeiter Dresdens!

Freitag, den 16. April, Abends 9 Uhr

Öffentliche Versammlung

im Gasthof zu Pitschen, Torgauerstraße.

Tages-Ordnung:

1. Die bestehende General-Versammlung.
2. Wahl eines Delegierten.
3. Gewerkschaftliches.

Um recht zahlreiches Erscheinen erachtet

Der Einberufer.

Margarethenhütte. Sonnabend, den 12. April, Abends 1/28 Uhr findet im Vereinslokal zu Brohmen eine

Öffentliche Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Delegierten zur General-Versammlung.
2. Gewerkschaftliches.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erachtet

Der Einberufer.

Gewerkschaftskartell für Wunsiedel und Umgebung.

Sonntag, den 13. April, Nachmittags 2 Uhr

Delegierten-Versammlung

im Pil'schen Saale in Arzberg. Vorfrag über: Zweck und Ziele der Gewerkschaftskartelle. Die Mitglieder der Zahlstellen von Arzberg und Hohenberg werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand: N. Raumann.

Achtung!

Achtung!

7. Agitations-Bezirk.

Sonntag, den 27. April, Nachmittags 2 Uhr, findet im „Weissen Hirsch“ zu Hermendorf eine

Vertrauensmänner-Konferenz statt, wozu die Vertrauensmänner der Zahlstellen Eisenberg, Reichenbach, Gera und Untermhaus eingeladen werden.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Beratung über eine entsprechende Agitation.
2. Anträge und Beschiedenes.

Die Agitationskommission des 7. Bezirks.

Suhl. Bitte die Mitglieder ihre Beiträge bis Sonntag, den 27. April zu bezahlen, da ich bis dahin den Abschluß unbedingt fertigstellen werde.

Der Kassier.

Ilmenau. Grüße die Mitglieder um 3 Uhr der restlichen Beiträge bis zum 20. d. Mts., damit ich den Abschluß rechtzeitig einsenden kann.

Albert Krämer, Zahlstellenkassier.

Bis & Co. jüng zu, welche den Auftrag des Porzellannamalers Hermann Hübler aus Schweidnitz wissen, Unterzeichnerem Mittheilung zu machen. Vater tott, Mutter schwer krank. M. Eichner, Garmischer, Hermannsdorf, B.-z. Kreisau.

Arbeitsmarkt.

Betriebsleiter gesucht.

Ein organisierter erfahrener Porzellananbeiter, der zur Gartheit und Leitung einer Porzellanserie über ausreichend geistige technische Kenntnisse verfügt, wird gegen gute Bezahlung mit Gewinnenteil per 1. Juli gesucht. Offerten unter „Porzellan“ an Redakteur Straub, Bamberg.

Tüchtiger Glas- u. Porzellannaler gesucht.

H. Krämer, Stuttgart, Karlsstr. 47.

Tüchtiger Schriftmaler gesucht.

Ü. Grafe, Berlin, Rosenthalstr. 260 an die Redaktion der „Aneise“ erbeten.

Junger Maler,

welcher hauptsächlich in Schrift, Band, Staffage und leichten Dekor gut arbeitet sucht Stellung. Privatmaler wird bevorzugt. Off. und A. K. an die Redaktion d. Bl.